

Kanton ist mit Übernahme der Sekundarschulhäuser im Verzug

Die definitive Lösung kann nicht pünktlich auf 2009 in Kraft treten

SUSANNA PETRIN

BaZ 6.6.2008

Sekundarschulträger ist der Kanton. Doch die Infrastruktur für diejenigen Gebäude, die einst Realschulen waren, tragen die Gemeinden. Zu deren Ärger. Und diese seit Jahren währende Übergangslösung wird nun auch noch verlängert.

Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) musste gestern Rechenschaft abgeben darüber, wie es um die Übernahme der Sekundarschulhäuser durch den Kanton steht. Es fiel ihm nicht leicht. Das einst gesteckte Ziel – «gestützt auf den Zeitplan der Baudirektion» –, dass auf Januar 2009 eine definitive Lösung feststehen soll, könne nicht erreicht werden, liess sich seiner Antwort auf eine Frage von Urs Hintermann (SP) entnehmen. Konkret gab Wüthrich an, dass bis Mitte 2009 eine Landratsvorlage zur Übernahme der Gebäude durch den Kanton vorliegen soll. Danach soll per 2010 ein Entscheid fallen.

Seit vor rund fünf Jahren das neue Bildungsgesetz in Kraft getreten ist, sollte eigentlich der Kanton komplett für die Sekundarschulen verantwortlich sein. Doch zusammen mit den Gemeinden hat er sich Ende 2005 auf eine Übergangslösung geeinigt. Diese sieht

so aus: Der Kanton zahlt zwar die Löhne des Sekundarschulpersonals, doch sämtliche Sekundarschulgebäude sind im Besitz der Gemeinden. Und die Gemeinden zahlen zudem die Kosten für die Infrastruktur von denjenigen Gebäuden, die einst Realschulen waren.

KOMPLEX. Die Aufarbeitung der Besitzverhältnisse rund um diese Gebäude sei sehr zeitaufwendig, erklärte Wüthrich. Deshalb sei der Kanton im Verzug. Weiter gelte es, die Übernahmepreise festzulegen sowie ein zukünftiges Bewirtschaftungsmodell auszuarbeiten. Seine Direktion sei für die Standortentscheide zuständig. Insgesamt bestehe das Projekt aus sechs Teilen – die Federführung liege bei der Baudirektion, so Wüthrich.

Die FDP-Landrätin und Sissacher Gemeindepräsidentin Petra Schmidt zeigte sich gegenüber der baz verärgert: Seit fünf Jahren warteten die Gemeinden auf klare, dem Gesetz entsprechende Verhältnisse. Doch ständig schiebe eine Direktion der anderen den Schwarzen Peter zu. Sissach zahle rund 400 000 Franken Infrastrukturkosten jährlich an das einstige Realschulgebäude.